

Kopf des Tages

Federers Kleidersponsor gibt sich modern

Tadashi Yanai Der Gründer der Textilkette Uniqlo wünscht sich eine Frau als Nachfolgerin an der Spitze.

Thomas Hahn

Tadashi Yanai ist es gewohnt, dass sich andere über sein Ende Gedanken machen. Im Februar ist der allmächtige Gründer des japanischen Handelshauses Fast Retailing 70 geworden, und immer noch herrscht er allein über die Firma, die unter anderem das weltweit tätige Bekleidungsunternehmen Uniqlo besitzt. Vor vielen Jahren hat Yanai mal gesagt, dass er mit 65 kürzertreten wolle.

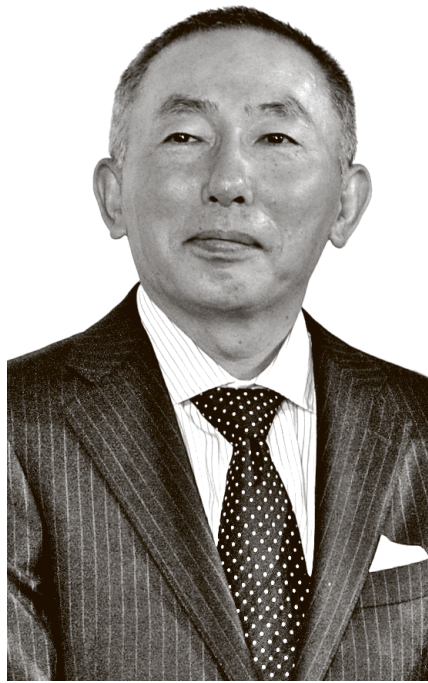
Aber das klappte dann nicht, weil es aus seiner Sicht keine geeignete Person für seinen Posten als Geschäftsführer gab. Die Frage nach der Nachfolge ist seither spannend geblieben. Da wirkt es wie eine kleine Sensation, dass Tadashi Yanai laut der Nachrichtenagentur Bloomberg jetzt zumindest das Geschlecht der gewünschten Leitfigur nennt: weiblich.

Gerade mit Blick auf Uniqlo findet Yanai: «Der Job ist für eine Frau besser geeignet.»

Für einen Vertreter der japanischen Wirtschaft ist das keine alltägliche Aussage. Und es kann durchaus sein, dass manche Analysten damit wenig anfangen können. In der männerdominierten Hightechnation ist es für viele immer noch einleuchtender, dass Kühlschränke sprechen können, als dass eine Frau die Spitze eines Milliardenunternehmens übernimmt.

In Zeiten sinkender Geburtenzahlen und alternder Bevölkerung dämmert es zwar mittlerweile selbst erzkonservativen Politikern, dass sie ihre alten Rollenbilder überarbeiten müssen.

In diese Stimmung hinein sagt also Tadashi Yanai, eine Frau solle sein Erbe antreten bei Uniqlo, immerhin



dem grössten Kleidungsvertrieb Asiens. Das ist ein Signal. Hier spricht ein aufgeklärter König, der die Zeichen der Zeit versteht. Oder? Yanais Ruf als weitsichtiger Querdenker hat gelitten durch den Umstand, dass er sich seit Jahren für unersetzlich erklärt. Kritiker bezeichnen ihn als autoritär und von seinen guten Wirtschaftsinstituten verlassen. Yanai selbst schwört auf die Lehren der eigenen Fehler und sagt: «Wer sich nicht ändert, überlebt nicht.» Das klingt klug – allerdings auch etwas kokett für einen, der die Alleinherrschaft nicht loslassen kann.

Vielleicht ist dieses Zaudern aber auch das gute Recht des Firmengründers, und Yanais Geschichte endet mit der fortschrittlichsten Personalentscheidung der japanischen Wirtschaftsgeschichte. Seine Karriere erzählt jedenfalls von einem, der letztlich immer richtig lag. In den Siebzigerjahren

stieg er in die Schneiderei seines Vaters in Ube, Yamaguchi, ein und eröffnete 1984 in Hiroshima sein «Unique Clothing Warehouse», sozusagen die Keimzelle der heutigen Weltmarke Uniqlo. Zeitgeistmode für jedermann, preiswerte Eleganz ohne Schnörkel – damit war er erfolgreich. Heute ist Yanai der reichste Mann Japans mit einem Vermögen von 25 Milliarden Franken. Die Zahl der Uniqlo-Läden ist weltweit bei etwa 2000 angelangt. Bis 2020 soll seine Firma der grösste Kleidungsverkäufer der Welt sein. Auch dank Roger Federer, der seit einem Jahr im Uniqlo-Outfit spielt und dafür angeblich jährlich 30 Millionen Franken erhält.

Ob Tadashi Yanai nun die Geschäftsführung abgibt? Vielleicht an Maki Akaida (40), Chefin von Uniqlo Japan? «Möglich», antwortet er. Das richtige Geschlecht hätte sie jedenfalls.

Leserbriefe

«Logisch, dass das Folgen hat»

Bahnverkehr Meyer plante seinen Abgang von langer Hand, TA vom 5.9.

Wenn er genug eingesackt hat, geht er Das Geschäft mit Liegenschaften wurde unter Meyers Führung zu einem wichtigen Ertragspfeiler. Zuerst wird das Grundstück von den SBB enteignet – andere sagen gestohlen. Die SBB sind ein Bundesbetrieb, die gestohlenen Grundstücke gehören grundsätzlich dem Schweizervolk oder dem Souverän. Der Beamte Meyer greift nun in die volle Schatulle, die ihm nicht gehört. Mit den Erträgen stopft er die Milliardenlöcher in der Pensionskasse der SBB, auch das Management der SBB dürfte von Boni profitiert haben. Der eigentliche Eigentümer der Liegenschaften, der Souverän, geht leer aus. Und die Politik schaut diesem üblen Treiben, wie immer, einfach zu. Und wenn dann sein Sack voll ist, verlässt Meyer das sinkende Schiff.

Christian Etter, Wallisellen

Mit zweierlei Mass gemessen

2016 mussten SBB-Angestellte Lohnkürzungen hinnehmen. Andreas Meyer empfindet eine Lohnkürzung für sich selber als nicht angemessen, weshalb es wohl auch keine Lohnkürzung gab oder gibt. Ich bin sicher, dass die Angestellten die Lohnkürzungen damals auch nicht als angemessen empfanden, aber sie hatten keine Wahl. Einmal mehr wird offenbar mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Es wird Zeit für einen neuen Kopf.

Manfred Gattiker, Zürich

Wir sollten aufhören zu nörgeln

Sind viele der Probleme, die nach der Ankündigung des Abgangs von Andreas Meyer ihm und den SBB angelastet werden, nicht einfach Nörgeleien? Tragische Unfälle, verzögerte Lieferung des neuen Fernverkehrszugs, Verspätungen usw. kratzen an der Glaubwürdigkeit der grundsätzlich zuverlässigen Arbeit der SBB. Die echten Probleme liegen allerdings tiefer. Die Nörgeleien verstellen den Blick auf die wirklichen Herausforderungen im S-Bahn-Land Schweiz. Das schreibt Matthias Finger, Politologe an der ETH Lausanne, in seinem Buch «SBB – was nun?». Diese Nörgeleien führen dazu, dass man die SBB noch stärker unter die Fittiche des Bundesamtes für Verkehr (BAV) und des

Parlaments nehmen und noch mehr operativ mitreden will. Es sollte aber gerade umgekehrt laufen, wie auch Finger schreibt: Die SBB als kompetentes Transportunternehmen in einem hochtechnischen und komplexen Eisenbahnsystem sollten Systemführerin werden im Fernverkehr – mit der Railcom (ehemalige Schiedskommission im Eisenbahnverkehr) als Regulator; die Rolle des BAV beschränke sich dann auf die Politikberatung. Dabei macht Finger den Vergleich zur Stromversorgung: Die nationale Netzgesellschaft Swissgrid betreibt und überwacht das schweizerische Stromübertragungsnetz, die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) ist der unabhängige staatliche Regulator. Und das Bundesamt für Energie (BFE) berät die Politik. Stellen wir uns den Herausforderungen im Mobilitätsbereich im Vorzeigeland des öffentlichen Verkehrs und nörgeln wir weniger an einem erfolgreichen und kompetenten Unternehmen.

Peter Anderegg, Dübendorf

Andere tragen auch ihre Mitschuld

Ich finde es äusserst unfair, wie man über Andreas Meyer herfährt. Zum Beispiel das Drama mit den neuen Dosto-Zügen. Im Pflichtenheft der früheren Chefin Personenverkehr steht als Verantwortung: Beschaffung von Rollmaterial. Diese Frau konnte gehen, ohne dass ihr ein Haar gekrümmt wurde. Alles wird auf Meyer abgeladen. An vielen Misere der SBB sind die Politiker und die Spitze des Amtes für Verkehr schuld. Man hat von den SBB einfach zu viel verlangt. Alles musste bis aufs Letzte ausgekocht werden, um den Verkehr schneller zu machen und zu bewältigen. Dabei wurde das System überfordert. Dass das Folgen hat, ist nur logisch.

Ulrich Schweizer (online)

Schreiben Sie Ihre Meinung

TA-Leserforum, Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserforum@tages-anzeiger.ch

Auswahl und Kürzungen. Die Redaktion trifft eine Auswahl und kürzt Zuschriften ohne Rücksprache mit den Autoren. Es wird keine Korrespondenz geführt. (TA)

Gastbeitrag

Wir brauchen eine neue Asylstrategie – jetzt!

Die aktuelle Asylstatistik des Bundes macht auf den ersten Blick einen beruhigenden Eindruck. Die Überfahrten im Mittelmeer liegen auf tiefem Niveau, und die Asylgesuche sind rückläufig: von 40 000 im Jahr 2015 auf 15 000 Menschen im Jahr 2018. Mit dem Rückgang der Asylgesuche werden in den Kantonen Infrastrukturen und Stellen abgebaut. Erleichtert könnten wir uns jetzt auf die Schultern klopfen. Die Schweiz hat die Flüchtlingskrise überstanden!

Wer dies glaubt, irrt gewaltig. In der Schweiz leben über 100 000 vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge, die es zu integrieren gilt. Jährlich kommen weitere dazu. Von 10 Personen mit Bleiberecht können im Durchschnitt nur 3 über den Arbeitsmarkt integriert werden. Das bedeutet: Von den heute 100 000 Menschen künftig ohne Arbeit und ohne Perspektive. Diese Situation ist für die Betroffenen unwürdig und für die Kantone und die Gemeinden finanziell nicht tragbar. Jede 25-jährige Person, die den Eintritt in den Arbeitsmarkt nicht schafft, verursacht bis zum AHV-Alter Sozialhilfekosten von rund einer Million Franken.

Deshalb fordere ich vom Bundesrat sieben griffige Massnahmen im Asyl- und Flüchtlingswesen:

1. Die Verweilzeit von Asylsuchenden mit negativem Entscheid muss möglichst kurz gehalten werden. So bleibt die Brücke zur Heimat intakt.
2. Die Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern müssen auf Augenhöhe zwischen Ministern abgeschlossen werden. Es ist abwegig, wenn wir unsere Verhandlungspartner dabei als Unrechtsstaaten bezeichnen, wie das der Bundesrat in Bezug auf Eritrea tut.
3. Wir müssen das Phänomen Sans-Papiers wirksam bekämpfen. Wer keine Reisepapiere ausweist, kann nicht in die Schweiz einreisen.
4. Die Integrationskosten sind vollumfänglich vom Bund zu übernehmen. Und sie sind von Personen mit Bleiberecht zurückzahlen oder in Form von Freiwilligenarbeit zu kompensieren. Zum Beispiel durch Zivildienst oder Einsätze in den Gemeinden.



Kinder auf dem Weg zu einer Nahrungsmittel-Abgabestelle in Mogadiscio. Foto: Keystone

5. Flüchtlinge mit psychischen Störungen müssen im Asylprozess frühzeitig erfasst und professionell nach ihren Bedürfnissen betreut werden.

6. Der «Global Compact for Migration» ist nicht zu unterzeichnen. Dieser UNO-Vertrag trägt nichts bei zur Lösung des Kernproblems in den Herkunftsländern: Bevölkerungsexplosion, Perspektivlosigkeit.

7. Die Genfer Flüchtlingskonvention begründet kein Recht auf Einreise in die Schweiz und kein Recht auf Asyl. Dieser völkerrechtliche Flüchtlingsstatus darf nicht auf alle Fluchtbewegungen (Naturkatastrophen, Wirtschaftsfüchtlinge) ausgeweitet werden.

Diese Forderungen stehen nicht im Widerspruch zur humanitären Tradition unseres Landes. Sie stehen für eine tolerante Schweiz, die sich verantwortungsvoll der Realität der Ankommenden stellt. Damit wir unsere Verantwortung nicht nur gegenüber den Ankommenden, sondern auch gegenüber unserem Volk wahrnehmen können, erwarte ich vom Bundesrat eine neue Strategie im Asyl- und Flüchtlingswesen.

Noch heute, vier Jahre nach der Flüchtlingswelle von 2015, wissen wir nicht, wie mit dieser Herausforderung umgehen. Bis die beschlossenen Massnahmen umgesetzt sind, sind die meisten Asylsuchenden bereits mehrere Jahre in der Schweiz und nur noch schwer rückführbar oder integrierbar. Die Zeche dafür bezahlen die Kantone und Gemeinden über die Sozialhilfe.

Der Klimawandel wird grosse Teile Afrikas unbewohnbar machen und zu neuen Flüchtlingsströmen führen. Was da auf uns noch zukommt, wird die Flüchtlingswelle von 2015 massiv übertreffen. Wenn wir uns nicht rechtzeitig – also jetzt! – darauf vorbereiten, werden wir davon gnadenlos überrollt werden.



Guido Graf
Der CVP-Politiker ist Luzerner Regierungsrat und Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartements.